

Kunad spricht heute von einer Entwicklung zum Religiösen hin, die im Jahr 1978 begann und die ihn zu einer Art von kosmischem Christentum führte: „Mein musikalischer Entwicklungstrend ging hin zu Aussagen, die es heute in der DDR nicht mehr gibt. Ich kam in einen Bereich der endzeitlichen Offenbarung, die über biblisches Wissen hinausgeht.“ Er betont seine Suche nach einer neuen musikalischen und religiösen Sprache an einem Punkt seines Lebens, wo alles außer der Religion versagt habe. Seine Abwendung vom dialektischen Denken hin zur Intuition und zum Einfachen bedeutete aber auch eine Abwendung von der Zwölftonmusik und eine Wieder-Entdeckung der Tonalität, wie man sie in „Der Meister und Margarita“ deutlich zu hören bekommt. Als „charismatische Eingebundenheit in eine Aussage über die Endzeit“ so greift er derzeit den künstlerischen

Schaffensprozeß, wobei ihm eine musikalische Sprache, die jeder versteht, besonders wichtig ist.

Wie ein Bekenntnis klingt es, wenn er sagt „Es gibt für mich keine andere Hoffnung als die auf Gott, und die muß ich artikulieren. Ich mußte den Mut zur Tonalität aufbringen, den Mut, das, was aus mir herauskam, herauskommen zu lassen, die innere Stimme im Leben und in der Musik. Wobei ich die Hoffnung habe, daß mein Weg von innen nach außen beim Publikum ankommt.“ Wie gut die Auseinandersetzung zweier bedeutender Künstler mit der sie verbindenden Problematik eines Künstler-Romans im Westen ankommen kann, das bewies der Erfolg der sehens- und hörens-werten Karlsruher Premiere. Im Moment arbeitet Kunad an einem Oratorium über das apokryphe Thomasevangelium.

Renate Braunschweig-Ullmann

Kurzinformationen

Ökumenische, pastorale und weltkirchliche Fragen standen im Mittelpunkt der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz.

Die Bischöfe, die vom 17. bis 20. Februar im Kloster Mallersdorf (Niederbayern) zusammentrafen, beschäftigten sich auf einem Studientag mit der Ausarbeitung des Ökumenischen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologen zu den Verwerfungen in den reformatorischen Bekenntnisschriften und den Lehrentscheidungen des Tridentinums (vgl. HK, März 1986, 135–142). Zur Vorbereitung einer Stellungnahme soll eine *Arbeitsgruppe* eingesetzt werden, die auch die Theologischen Fakultäten in den Meinungsbildungsprozeß einbeziehen soll. Beraten wurde in Mallersdorf auch die Stellungnahme der Bischofskonferenz zu den „Lineamenta“ für die Bischofssynode 1987. Sie wird vom Ständigen Rat am 28. April verabschiedet werden und soll dem Pressebericht von Kardinal Höffner zufolge veröffentlicht werden – was ein Novum gegenüber der bisherigen deutschen Praxis in solchen Fällen wäre. Die Bischöfe begrüßten den Aufruf Johannes Pauls II. zu einem *Friedensgebet* von Vertretern aller Weltreligionen in Assisi (vgl. HK, März 1986, 109). Breiten Raum im Pressebericht des Vorsitzenden nahm das ihm besonders am Herzen liegende Thema der *vatikanischen Finanzen* ein. In diesem Zusammenhang gab Kardinal Höffner bekannt, das Defizit des Apostolischen Stuhls im Haushalt 1985 werde sich vermutlich auf 124 Millionen DM belaufen. Die Veröffentlichung des Haushalts des Apostolischen Stuhls – Höffner bezeichnete sie als „geboten und angebracht“ – werde zur Zeit vorbereitet. Verabschiedet wurde in Mallersdorf eine ausführliche Stellungnahme zur Arbeit der katholischen Beratungsstellen für werdende Mütter in Not- und Konfliktsituationen (vgl. ds.

Heft, S. 156). Am ersten Abend ihrer Vollversammlung trafen die Bischöfe mit dem Erzbischof von Lima, Kardinal *Juan Landázuri Ricketts*, sowie mit anderen Bischöfen aus Peru und Bolivien zusammen, um sich über die politische, wirtschaftliche und kirchliche Situation in den beiden lateinamerikanischen Ländern zu informieren. Anlässlich der Vollversammlung richtete Kardinal Höffner einen Brief an Kardinal *Miguel Obando y Bravo*, den Vorsitzenden der Bischofskonferenz von Nicaragua. Darin heißt es, die deutschen Bischöfe sähen mit großer Besorgnis die Erschwernisse, denen die Kirche in Nicaragua und ihre Bischöfe ausgesetzt seien.

Vom 13. bis 15. März traf Johannes Paul II. im Vatikan mit der Führungsspitze des brasilianischen Episkopats zusammen.

In seiner Eröffnungsansprache (vgl. *Osservatore Romano* 14.3.86) bezeichnete der Papst das Treffen mit den 21 brasilianischen Bischöfen (neben den Kardinälen aus Brasilien nahmen der Vorstand der Bischofskonferenz und die Vorsitzenden der kirchlichen Regionen Brasiliens teil) als „Abschluß und würdige Krönung“ der vorausgegangenen Ad-limina-Besuche des brasilianischen Episkopats. An der in ihrer Art bisher ungewöhnlichen Zusammenkunft nahmen auch Kardinalstaatssekretär *Casaroli* und mehrere Präfekten römischer Dikasterien teil. *Themen des Treffens*, das nicht der Beschlußfassung, sondern der Beratung diene, waren u. a. Sendung und pastorales Handeln der Bischöfe, die Situation der Berufungen in Brasilien, Fragen bezüglich der katholischen Universitäten und Schulen des Landes. Gesprochen wurde auch über die Situation der brasilianischen Priester und der Ordensleute sowie über die Laienbewegungen in der brasilianischen Kirche. Am letzten Tag der

Zusammenkunft wurde den Bischöfen von Kardinal *Ratzinger* eine Zusammenfassung des neuen vatikanischen Dokuments „Christliche Freiheit und Befreiung“ vorgelegt. Der Papst hatte in seiner Eröffnungsansprache den Wunsch geäußert, daß die Begegnung zu einem lebendigeren Bewußtsein der positiven Elemente einer legitimen Befreiungstheologie führen solle. Er verwies auf die Bischofsversammlungen von Medellín und Puebla: Wenn deren Orientierungen in dem Geist, in dem sie ausgearbeitet worden seien, ohne ideologische Beigaben und hermeneutische Verdrehungen gelesen würden, könnten sie einen Weg für die Sendung der Kirche in Brasilien weisen. Am Ende des Treffens wurde ein Schlußkommuniqué veröffentlicht, das unter der Federführung von Kardinal *Roger Etchegaray* und des Erzbischofs von Belo Horizonte, *Fernandes de Araújo*, erstellt wurde. Darin wird u. a. das „Klima der Aufrichtigkeit, Wahrheit und Brüderlichkeit“ des Treffens hervorgehoben; die brasilianischen Bischöfe hätten bei der Begegnung ihre volle Zustimmung zum Lehramt des Papstes und zu seinem Dienst an der Universalkirche zum Ausdruck gebracht.

Das Katholische Komitee für innereuropäische Wanderung befaßte sich in Luzern mit der Asylantenfrage in Europa als Herausforderung für Gesellschaft und Kirche.

Im Mittelpunkt der Tagung (3.–6. 3.) stand das Schicksal des Asylbewerbers in der Zeit der Behandlung des Asylgesuches: wie die Gesellschaft reagiert, welche Gesetzgebung es gibt und mit welchen Erwartungen und Problemen die Flüchtlinge unter uns leben. Der Vertreter des UNO-Hochkommissariates für Flüchtlinge, *Ivor Jackson*, wies auf die neue Dimension des Flüchtlingswesens in ganz Europa hin: die Reaktion sei eine restriktivere Flüchtlingspolitik; internationale Kriterien könnten nicht mehr erarbeitet werden, weil sie am Widerstand einzelner Staaten scheitern. Die größte Aufgabe bestehe heute auf dem Gebiet der öffentlichen Meinung, weil diese gegenüber Asylanten immer negativer werde. In ihrer Auswertung einer vorgängig durchgeführten Umfrage wies *Gabriele Erpenbeck* vom Kommissariat der Deutschen Bischöfe in Bonn auf die Aufgabe der Kirche hin, die Anliegen und Rechte der Schwachen anwaltschaftlich zu vertreten. „Dies geht soweit, daß sie nicht nur die Anliegen der Asylsuchenden vertritt, sondern sie sich diese auch zu eigen macht. In der Konsequenz kann dies bedeuten, daß sie eigene Interessen und Interessen einer Mehrheit von Gläubigen zurückstellen muß.“ Weil sich gelebte Solidarität am augenfälligsten und glaubwürdig in den Gemeinden zeigen kann, auf deren Territorium sich Flüchtlinge und Asylsuchende aufhalten, sind diese besonders gefordert. Von Ausnahmen abgesehen sei jedoch festzustellen, „daß die Arbeit mit Flüchtlingen und Asylsuchenden noch nicht ihren genuinen Platz im Leben der Gemeinden gefunden hat. Die Widerstände springen ins Auge. Viele Fragen sind offen: Wie können Brücken gebaut werden zwischen den Flüchtlingen und den Ge-

meindemitgliedern? Wie kann die Anwesenheit von Flüchtlingen in Verbindung gebracht werden mit dem vielfältigen, weltweiten Engagement (Entwicklung, Frieden, Mission) vieler Gemeinden? Wieweit kann eine Pfarrgemeinde politisch und öffentlich reagieren?“ Die Umfrage stellte als dringende Aufgabe heraus „eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit der Kirchen in Europa, um die Belange der Flüchtlinge zu schützen“, wie „auch eine verbesserte und verstärkte Zusammenarbeit mit den Kirchen der Herkunftsländer und -regionen der Flüchtlinge“. Die Ergebnisse und Impulse der Tagung, heißt es im Schlußkommuniqué, „müssen von den Teilnehmern in ihren Ländern weiterbehandelt und in konkrete Aktionen umgesetzt werden“.

Die italienischen Bischöfe hielten vom 24. bis 27. Februar in Rom eine außerordentliche Vollversammlung ab.

Die Beratungen der Bischöfe waren fast ausnahmslos den *Folgewirkungen des Konkordats* gewidmet. Zwei Punkte bestimmten die Tagesordnung: Die neue Situation des schulischen Religionsunterrichts und die neuen Voraussetzungen für die Finanzierung des Klerus. Zum *Religionsunterricht* wurden mehrere Beschlüsse gefaßt. Sie betrafen im wesentlichen die Bestimmung der Unterrichtsprogramme, der Lehrunterlagen und der Vorbereitungs- und Zulassungskriterien für Religionslehrer. Letztere sollen wesentlich verbessert werden. An den höheren Schulen wird ein Universitätsdiplom, im Regelfall das Doktorat, zur Voraussetzung. Ausgeschlossen von der Erteilung des Religionsunterrichts sind unabhängig von ihrer sonstigen Qualifikation Geschiedene. Die Entscheidung bezüglich des Religionsunterrichts wurden durchwegs fast einmütig getroffen. Es gab Stimmenmehrheiten von 205 bis 208 von insgesamt 214 Abstimmenden. Widerspruch gab es zur Festlegung der Religionsmündigkeit (Vollendung des 14. Lebensjahres) seitens des Staates. Die Bischöfe deuteten an, daß sie sich mit dem Alter von 16 Jahren einverstanden erklären würden. Ob hierüber nochmals verhandelt wird, ist bisher unklar. Eine allgemeine Abmeldungswelle vom Religionsunterricht befürchteten die italienischen Bischöfe einstweilen offensichtlich nicht. Bisher hätten 85 bis 90 Prozent ihre Kinder bereits zum Religionsunterricht angemeldet. – Nicht ganz so einmütig fielen die Entscheidungen zum zweiten Thema, zur *Klerusfinanzierung*, aus, wo die Zukunftssorgen nicht geringer sind als bei der Sicherung des Religionsunterrichts. Noch läßt sich nicht überblicken, wie die Selbstfinanzierung des Klerus ab 1990, wenn die bisher üblichen staatlichen Zuwendungen endgültig gestrichen werden, aussehen wird. Sie hängt künftig so gut wie allein von der Spendenfreudigkeit der katholischen Bevölkerung ab. Der Papst machte sich in seiner Ansprache an die Bischöfe dieses Anliegen besonders zu eigen (vgl. *Osservatore Romano*, 28. 2. 1986). Er appellierte seinerseits an die Gläubigen, sich im Falle der Klerusfinanzierung solidarisch zu zeigen. Es sei gerade gegenwärtig wichtig, daß der Klerus voll von den Gläubigen finan-

ziert werde, damit er ganz seinem Amt leben und nicht Nebenbeschäftigungen nachgehen müsse.

Das Referendum vom 12. März über den Verbleib Spaniens in der NATO hat die Diskussion um Frieden und Abrüstung in der Kirche aufleben lassen.

Zum Zeitpunkt der hitzigsten öffentlichen Debatten, als die anstehende nationale Frage durch verwirrende Manöver der konservativen Opposition zu einer innen- und parteipolitischen Streitfrage entartet war, meldeten sich die katholischen Bischöfe mit einer „Note“ über das „ethische Verhalten zum bevorstehenden Referendum“ zu Wort. Sie solle „dem Gewissen der Christen wie der gesamten öffentlichen Meinung“ zur Orientierung dienen. Die vom Sekretariat der Bischofskonferenz herausgegebene Erklärung suchte zwar einseitige Parteinahmen zu vermeiden, ließ sich aber am ehesten im Sinne einer wünschenswerten militärischen Blockfreiheit Spaniens interpretieren. An erster Stelle heben die Bischöfe die Verpflichtung der Katholiken hervor, sich „im Sinne des Evangeliums und der Lehre Christi für den Frieden einzusetzen“. „Unter diesem Gesichtspunkt sind nicht alle Optionen gleich“, betonen die Bischöfe. In einer Welt, „die so leicht zum Krieg neigt, muß man vor allem jene Lösungen unterstützen ... die mehr im Respekt vor den Rechten der Person und der Völker, im Dialog und in der internationalen Solidarität gründen als in der Spaltung in Blöcke und im Rüstungswettlauf“. Die Bischöfe wiesen daraufhin, daß die heutigen Waffen von einer sol-

chen zerstörerischen Kraft seien, daß die „moralischen Voraussetzungen, um von einem gerechten Krieg sprechen zu können“ schwerlich gegeben seien. In der Frage der NATO-Mitgliedschaft, hieß es in der Erklärung, gebe es für die Katholiken jedoch keine Entscheidung, „die mit Recht als die einzig mögliche für ein christliches Gewissen hingestellt werden kann“. Einzelne Stimmen aus der Bischofskonferenz, vor allem aus dem Baskenland, sowie zahlreiche kirchliche Verbände, Gruppierungen und Einzelpersonlichkeiten hatten sich – mehr oder weniger deutlich – gegen die NATO-Zugehörigkeit Spaniens ausgesprochen. – Anfang März veröffentlichte die Bischofskonferenz auch ihr mehrfach angekündigtes *Grundsatzpapier über den Frieden* „Constructores de la Paz“, dessen Endfassung nach mehrmaliger Überarbeitung schließlich am 20. Februar von der Ständigen Kommission approbiert worden war. Sein Erscheinen ging in der aktuellen Referendumsdiskussion weitgehend unter. In dem 43 Seiten umfassenden Dokument, das nach Aussage des in der Bischofskonferenz für gesellschaftliche Fragen zuständigen Bischofs *Ramón Echarren* „etwa zwischen den Friedensdokumenten der nordamerikanischen Bischofskonferenzen (Kanadas und der USA) und der deutschen Bischöfe anzusiedeln“ ist, fordern die Bischöfe dazu auf, „mit Entschlossenheit alles zu tun, was uns der Auflösung der (militärischen) Blöcke und der bilateralen und totalen Abrüstung näherbringt“. Das Dokument befaßt sich außerdem mit innerspanischen friedensgefährdenden Konflikten in Gestalt des Terrorismus, aber auch der schweren sozioökonomischen Probleme des Landes.

Bücher

MARTIN AFFOLDERBACH / HERMANN STEINKAMP. **Kirchliche Jugendarbeit in Grundbegriffen.** Stichworte zu einer ökumenischen Bilanz. Patmos Verlag / Chr. Kaiser Verlag, Düsseldorf/München 1985. 416 S. DM 28,-

Der von Affolderbach und Steinkamp herausgegebene Sammelband mit rund zwei Dutzend Beiträgen von Autoren aus Theologie, Sozialwissenschaften, Jugendarbeit und Seelsorge gibt einen breiten Überblick über die kirchliche Jugendarbeit als einem Teilbereich kirchlichen Handelns, von den Stichworten „Arbeit und Freizeit“ und „religiöse Erfahrung“ über „Jugendkultur“, „Jugendprobleme und Jugendberatung“, „Jugendreligionen“ bis hin zu „Lebensstil“, „Spiritualität“ und „Verbände“ und anderen mehr. Unmöglich, die Fülle der darin angeschnittenen Themen auch nur annähernd in dieser kurzen Form gerecht zu werden, zumal zwar durchaus gemeinsame Ansätze erkennbar, jedoch ein durchgehendes Gesamtkonzept weder beabsichtigt noch auch er-

kennbar ist. An dieser Stelle nur einige Bemerkungen: Dieses Handbuch ist so angelegt, daß die Einbindung kirchlicher Jugendarbeit in gesellschaftliche, kulturelle Zusammenhänge nicht übersprungen wird. In einer Zeit, in der von der Jugendarbeit nur allzu schnell der Ersatz einer ansonsten vielfach ausfallenden religiösen Sozialisation eingeklagt wird, ist dies nur zu begrüßen. Was nicht ausschließt, daß der Jugendarbeit nicht in der Tat hier neue Funktionen zuwachsen können. Schade allerdings, daß man der Auseinandersetzung mit einem inzwischen nicht unwichtigen Konkurrenten kirchlicher Jugendarbeit aus dem Weg gegangen ist, den neuen religiösen Bewegungen. Auch wenn dort nicht explizit Jugendarbeit betrieben wird, hätte dies aufschlußreich sein können. In weiten Teilen beschäftigt sich der Band im übrigen mehr mit der Theorie kirchlicher Jugendarbeit als mit der Jugendarbeit selbst. In manchen Beiträgen ist im Grunde erst in zweiter Linie von Jugendarbeit die Rede, eine (pastoral-)theologische Theorie wird nachträglich auf den Bereich Jugendarbeit übertragen